

rungen mit dem Religions- wie mit dem Ethikunterricht in den neuen Bundesländern auch nicht ohne Rückwirkungen auf die Diskussionslage in

der „alten“ Bundesrepublik bleiben, wo der Religionsunterricht in seiner derzeitigen Gestalt ja keineswegs unumstritten ist.

U. R.

Kirche und Öffentlichkeit: ZdK plädiert für Offenheit und Professionalität

Die Dringlichkeit, das Verhältnis von *Kirche und Öffentlichkeit* grundsätzlich zu überdenken, wird gerade angesichts der aktuell in der Bundesrepublik geführten politischen Diskussion unmittelbar einsichtig: In der mit der deutschen Wiedervereinigung neu entflammten Auseinandersetzung um die rechtliche Regelung des *Schwangerschaftsabbruchs* mühen sich die verschiedenen kirchlichen Institutionen, ihre von unaufgebbaren christlichen Grundüberzeugungen bestimmten Positionen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit begründlich zu machen. Sie tun es mehr oder weniger erfolgreich und auf sehr unterschiedlichen Argumentationsebenen. Das gleiche gilt für das kirchliche Engagement in der immer vehementer geführten Diskussion um eine Änderung der *Asylpraxis*.

Auf die eigene Überzeugungskraft verwiesen

Der aktuelle gesellschaftliche wie auch kirchliche Kontext (von der Entlassung des Chefredakteurs der Augsburgischen Kirchenzeitung durch den Bischof bis zu dem von Kardinal Meisner verfügte Boykott der Herderschen Buchhandlung in Köln durch das Erzbistum) mußte daher dem am 25. Juli veröffentlichten Arbeitspapier „Kirche und Öffentlichkeit“ aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine gute Resonanz sichern. Als Herausgeberin des Papiers zeichnet die Kommission „Publizistik“ des ZdK. Sie will mit dieser Schrift eine grundsätzliche Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Öffentlichkeit anregen, konkrete Defizite aufzeigen

und Lösungsansätze vorschlagen. Entschieden tritt die ZdK-Kommission dabei für eine Kirche ein, die sich den „Bezeugungs- und Begründungszwängen der Öffentlichkeit“ stellt. Von der Überzeugungskraft der Argumente und der Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter, so der Tenor des Arbeitspapiers, muß die Kommunikation der Kirche mit der säkularen und pluralen Gesellschaft bestimmt sein. Gleiches wird auch für die *innerkirchlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen* gefordert. Das Verhältnis der innerkirchlichen zur gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit beschreiben die Autoren des ZdK als Wechselwirkung: „Ist das kirchliche Leben rege, öffentlichkeits- und meinungsfreudig, wird es – das Zweite Vatikanum hat es gezeigt – auch Widerhall in der pluralen Öffentlichkeit finden.“

Ein grundlegender erster Teil des Arbeitspapiers begründet das öffentliche Wirken der Kirche theologisch und umreißt die gesellschaftsstrukturellen Bedingungen dieses Engagements. Eine an der Praxis orientierte Skizze der bundesrepublikanischen Medienlandschaft schließt daran an. Trends und Entwicklungen in den Bereichen Presse und Rundfunk werden analysiert und bezüglich ihrer Auswirkungen auf die kirchliche Medienpräsenz ausgewertet. In diesem Zusammenhang kritisiert das Papier beispielsweise die zögernde Haltung der Kirche gegenüber *privaten Rundfunkanstalten* und mahnt zur verstärkten Suche nach geeigneten Beteiligungs- und Mitwirkungsformen. Ein jeweils eigener Abschnitt befaßt sich mit der *katholischen Presse* und der *kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit*. Im dritten und

letzten Teil werden zusammenfassend „Erwartungen und Empfehlungen“ ausgesprochen, adressiert an die verschiedenen kirchlichen Institutionen, die Verantwortlichen für die kirchliche Medienpolitik und abschließend an Publizisten und Journalisten.

Stellt sich die Kirche der Herausforderung, ihre Botschaft in einer radikal von ihr unterschiedenen, pluralen Öffentlichkeit zu bezeugen, ist sie, so die Publizistik-Kommission des ZdK, „ganz auf den freien Meinungsmarkt und auf die eigene Lebens- und Überzeugungskraft verwiesen“. Denn Religion und Glaube würden zwar immer mehr aus der Öffentlichkeit ins Private abgedrängt, die demokratisch verfaßte Öffentlichkeit jedoch gewähre andererseits der Kirche die uneingeschränkte Freiheit, ihren Verkündigungsauftrag auch in einem pluralen und heterogenen Umfeld wahrzunehmen.

„Communio et progressio“ bis heute nicht eingelöst

In ihrem öffentlichen Wirken müsse Kirche dabei einem entscheidenden Bewußtseinswandel in der Gesellschaft Rechnung tragen. In dem Maße, wie die Medien zunehmend die Lebenswirklichkeit jedes einzelnen bestimmten und prägten, werde Öffentlichkeit immer mehr mit medialer Öffentlichkeit gleichgesetzt.

Damit, so mahnt die Kommission, wird für die Kirche eine sorgfältige Unterscheidung der verschiedenen Möglichkeiten zur Herstellung von Öffentlichkeit dringlich: „Da ihr Grundauftrag die Kirche in die Öffentlichkeit verweist, ist sie gehalten, alle Möglichkeiten und Wege öffentlicher Kommunikation zu nutzen: die über die Medien genauso wie die über den Gottesdienst, die Seelsorge oder über die Bildungseinrichtungen.“ Der *direkten und persönlichen Kommunikation* soll weiterhin der Vorrang gegeben werden, ohne dabei die Bedeutung der Medien in der öffentlichen Kommunikation zu unterschätzen. Als bleibend aktuellen Wegweiser für

das kirchliche Medienengagement würdigt das Arbeitspapier die vor 20 Jahren von Papst Paul VI. erlassene Pastoralinstruktion „*Communio et progressio*“; an ihrer Fortschreibung wird derzeit in Rom gearbeitet. Viele der fortschrittlichen Forderungen für den Umgang mit der Öffentlichkeit in der Instruktion seien bis heute nicht eingelöst. Trotz der Dringlichkeit seiner Thematik sei der Text weitgehend unbekannt geblieben.

Mit ihrem Plädoyer für eine „öffentliche Meinung in der Kirche“ knüpft die Kommission des ZdK an die Aussagen von „*Communio et progressio*“ an. Sie verweist auch auf die Kirchenkonstitution „*Lumen gentium*“ des Zweiten Vatikanischen Konzils, die den Beitrag aller Gläubigen für die Wahrheitsfindung des Glaubens betone. Gerade dieser Beitrag aber sei nur öffentlich zu leisten. Dementsprechend wird festgehalten: „Es ist der Autorität des kirchlichen Amtes nicht abträglich, wenn wichtige Dokumente von allgemeinem Interesse in dieser Öffentlichkeit in geeigneter Form diskutiert werden. Sich Begründungszwängen zu stellen, kommt der Sache zugute und stärkt die Autorität.“ Dies gelte auch für Personalentscheidungen. Dem Vorwurf subjektiver Willkür könne durch eine angemessene Öffentlichkeit begegnet werden, betont das Papier.

Ein durchgängig positiver Duktus

In dem praxisorientierten Teil des Arbeitspapiers wird dies beim Thema katholische Presse noch einmal aufgegriffen: Kirchliche Publikationen, insbesondere die Bistumszeitungen, sollen sich als „Dialogforum der ganzen Ortskirche begreifen, in dem auch kontroverse Diskussionen ihren selbstverständlichen Platz haben.“ Eine freie innerkirchliche Kommunikation verfehle ihre Wirkung auf die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit nicht: Das Zerrbild einer „Papst- und Bischofskirche“, in den Medien weit verbreitet, könne korrigiert werden zu dem realistischeren Bild der Kirche als „Volk Gottes“.

Die ZdK-Kommission hat mit dem Arbeitspapier „Kirche und Öffentlichkeit“ eine sachliche Analyse der Chancen und Bedingungen für ein öffentliches Wirken der Kirche und ihrer Medienpräsenz vorgelegt, ohne falsche Gegensätze zu konstruieren oder in einen kulturpessimistischen Ton zu verfallen. Selbstkritisch wird das eigene Verhalten der Kirche für die häufig negative Berichterstattung über sie verantwortlich gemacht. Die für die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen werden auf eine genaue Kenntnis der Eigengesetzlichkeiten der Medien verpflichtet und zu einer partnerschaftlichen Haltung gegenüber Medienvertretern ermahnt.

Der positive Duktus, dem dieses Papier zum Verhältnis Kirche und Öffentlichkeit folgt, kommt in einer an Journalisten adressierten „Erwartung“ besonders deutlich zum Ausdruck: „Die Kirche bekennt sich selbst zu einer ständigen Erneuerung. Die Medien registrieren in der Regel als erste, wann und wo sich in der heutigen Kultur religiöse Fragen in neuer Weise thematisieren. Publizisten und Journalisten können durch ihre berufliche Tätigkeit das kirchliche Leben aktivieren und die kirchlich-gesellschaftlichen Beziehungen verstärken, indem sie Chancen und Möglichkeiten aufzeigen, aber auch auf Fehlentwicklungen hinweisen.“ A. F.

EKD-Hochschulstudie: Ein neuer Religionsbegriff?

Eine im Auftrag der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erarbeitete und unlängst veröffentlichte Studie zum „Dienst der Evangelischen Kirche an der Hochschule“ – so ihr Titel (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1991) – vermittelt einen interessanten Einblick in die religiösen Einstellungen, Verhaltensweisen und Selbstbilder heutiger (evangelischer) Studierender. Die Studie wurde von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Oberkirchenrat *Rüdiger Schloz* erstellt.

Von besonderem Interesse – auch unabhängig vom konkreten Erhebungszusammenhang – sind dabei die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum *Verhältnis der Studierenden zu Religion, Glaube und Kirche*. Methodisch setzt sich diese Untersuchung zusammen aus insgesamt 24 anderthalbstündigen sogenannten „narrativen Interviews“, die im Frühjahr und im Spätherbst 1989 an zahlreichen Hochschulorten in den alten Bundesländern gemacht wurden, und einer herkömmlichen Repräsentativbefragung mit einem Stichprobenumfang von 703 ausgewerteten Fragebögen vom Sommer 1989 – in beiden

Fällen handelte es sich bei den Befragten um Studenten, die von sich sagten, sie seien evangelisch.

Die „hypothetische Relevanz“ von Glauben und Religion

Das Ergebnis der Untersuchung ist nicht leicht auf einen Nenner zu bringen und in sich widersprüchlich, auf jeden Fall vielschichtig. Bei der Frage nach der Relevanz verschiedener Lebensbereiche landet Religion bei den Studenten zunächst einmal weit abgeschlagen auf dem *letzten Platz* – die ersten Plätze der insgesamt zehn Lebensbereiche nehmen „Studieninhalte“, „Freundes- und Bekanntenkreis“, „Partnerbeziehung/Ehe/Kinder“ ein. Und auch alle weiteren vorgegebenen Alternativen werden – in dieser Reihenfolge – als relevanter eingestuft: Hochschule, Kultur/Sport/Freizeit, Eltern/Verwandschaft, materielle Lebensbedingungen, Politik/öffentliches Leben, Erwerbstätigkeit neben dem Studium.

Eine anschließende Faktorenanalyse zeigt, von welcher Merkmalsgruppe